

RUSSELL-TRIBUNAL BENENNT JURY-MITGLIEDER

BONN,
28. Oktober 1977

Am Morgen des 28. Oktober
hat das Russell-Tribunal wäh-
rend einer Pressekonferenz in

Bonn die Mitglieder seiner Jury bekanntgegeben. Dieses
Gremium kann noch erweitert werden, wenn das Tribunal
der Ansicht ist, daß es sinnvoll sei, weitere Mitglieder auf-
zunehmen.

Bisher sind benannt:

der Schriftsteller Günther Anders (Österreich), der Histori-
ker und Brecht-Übersetzer Prof. Eric Bentley (USA), der
Journalist und Vorsitzende der PSU Claude Bordet (Frank-
reich), der Schriftsteller Howard Brenton (England),
der ehemalige Minister Dr. Noel Brown (Irland), Major
Otelo Saraivade Carvalho, (Portugal), der Theologe Prof.
Georges Casalis (Frankreich), der Historiker Prof. Vladimir
Dejijer (Jugoslawien), der Schriftsteller Jean Pierre Fave
(Frankreich), Friedensforscher Prof. Johan Galtung (Nor-
wegen), Rechtsanwalt Lord T. Gifford (England), die Stadt-
rätin Prof. Ruth Glass, Schriftsteller Trevor Griffiths,
der ehemalige CFDT-Vorsitzende Andre Jeanson (Frank-
reich), der Philosoph Dr. Frank Jungk (Österreich), Lite-
raturwissenschaftler Prof. Sven Kristensen (Dänemark),
das KPI-Mitglied Ricardo Lombardi (Italien), KPI-Mitglied
Prof. Luigo Lombardo-Radice (Italien), der Philosoph Prof.
Steven Lucas (England), Philosoph und Mitglied der Partei
der Arbeit Prof. Lolle Nauta (Niederlande), der Ökonom
Prof. Otto Nathan (USA), der Labour-Abgeordnete Jo
Richardson (England), der ehemalige gaullistische Abgeord-
nete David Rousset (Frankreich), Geschichtswissenschaftler
Albert Soboul, der Jurist Elliot A. Taikeff und das italieni-
sche KPI-Mitglied Umberto Terracini.

Dem aus Ausländern zusammengesetzten unabhängigen
Tribunal tritt ein deutscher Beirat zur Seite. Dieser Beirat
berät das Tribunal in allen anstehenden Fragen und nimmt
mit gleichen Rechten an dessen Sitzungen teil. Er besitzt
aber kein Stimmrecht bei der abschließenden Würdigung der
Materialien.

Diesem Beirat gehören an Dr. Ingeborg Drewitz (Schrift-
stellerin), Prof. Helmut Gollwitzer (Theologe), Prof. Wolf
Dieter Narr (Politologe), Pastor D. Martin Niemöller
und Prof. Uwe Wessel (Rechtswissenschaftler).

In einer Gründungserklärung des 3. Internationalen Russell-
Tribunals heißt es zu den Themen:

„Das Tribunal wird sich insbesondere, aber nicht ausschließ-
lich, mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen:

Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen
Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und
durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
und

Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von
Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert? “

Das Russell-Tribunal hat außerdem den Versuch unternom-
men, durch einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden der
DDR, Erich Honnecker, Kontakt mit dem Ost-Berliner
Wissenschaftler Dr. Bahro aufzunehmen und ihn als wei-
teres Jury-Mitglied zu benennen. Bisher hat das Tribunal
von der DDR-Spitze noch keine Antwort erhalten.

RUSSELL-TRIBUNAL

FRANKFURT *Auf den Angriff des SPD-Parteivorstandes*
22. Oktober *gegen das geplante dritte Russell-Tribunal*
nahmen in Offenen Briefen die Philoso-
phen Günther Anders (Wien) und Ulrich Sonnemann (München)
Stellung, ebenso die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz - aus den
eigenen Reihen kam von den Jusos aus Hannover eine Absage
an Willy Brandt.

EINSTIMMIGER BESCHLUSS DES SPD-PARTEIVORSTANDES VOM 13.10.1977

Der Parteivorsitzende hat sich über die Vorbereitung für ein
sog. Russell-Tribunal über die und in der Bundesrepublik ge-
äußert. Er sagte u.a.: "Ich lasse es mir nicht gefallen, daß die
Bundesrepublik Deutschland in eine Propagandaaktion hin-
eingezogen wird, und daß dabei der Name des ehrwürdigen
Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik mißbraucht
wird. Ich werde den Initiatoren in London sagen, sie sind uns
zu diesem Anlaß in der Bundesrepublik und Berlin nicht will-
kommen."

Brandt kündigte an, er wolle erforderlichenfalls zusammen
mit namhaften Persönlichkeiten des In- und Auslandes dafür
sorgen, daß die durchsichtigen propagandistischen und verleu-
mderischen Absichten des geplanten Tribunals aufgezeigt
und vereitelt werden. Er bezeichnete es als eine Zumutung
für Sozialdemokraten, die führend am Auf- und Ausbau des
Rechtsstaates mitgewirkt haben, wenn die Bundesrepublik
mit Vietnam und Chile auf eine Stufe gestellt wird.

Der Vorstand hat einmütig diese Erklärung des Vorsitzenden
gebilligt. Der SPD-Vorstand fordert alle Sozialdemokraten auf,
sich nicht an den Aktivitäten des sog. Russell-Tribunals zu
beteiligen und es nicht zu unterstützen, keine Unterschriften
zu geben oder geleistete Unterschriften zurückzuziehen und
das auch bekannt zu geben.

Die Mitglieder der SPD sind insbesondere aufgefordert, nicht
als Zeugen vor dem Russell-Tribunal zu erscheinen.

Die Jungsozialisten in der SPD sind der Aufforderung des
Bundesvorstandes ihrer Partei nicht nachgekommen, alles
andere sind Fehlmeldungen. Außerdem hat noch niemand
auf diesen Beschluß hin seine Unterschrift unter den Aufruf
der Bertrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77 zurückge-
zogen. (Stand v. 20.10.77)

OFFENER BRIEF VOM 17.10.77 VON ANDERS UND SONNEMANN:

„Sehr geehrter Herr Brandt,

Erstaunt erfahren wir aus der Zeitung, Sie hätten das bevor-
stehende 3. Russell Tribunal der Absicht geziehen, „den Na-
men des verehrungswürdigen Bertrand Russell“ für eine Propa-
gandaaktion gegen die Bundesrepublik Deutschland zu mißbrau-
chen. Die Absichten des Tribunals - vor dem Sie Ihre Partei-
freunde warnen - seien „durchsichtige propagandistische und
verleumderische“.

Wir halten es für denkbar, daß Ihnen unsere Namen als die
von Philosophen bekannt sind, die sich zu keiner Zeit irgend-
einem Meinungszwang beugten. In dieser Haltung werden wir
auch in Zukunft verharren. Wie natürlich auch Sie wissen, ha-
ben kritische Stimmen, die auf Menschenrechtsverletzungen in
der Bundesrepublik aufmerksam machen, sich in den letzten
Jahren so beständig im westlichen Ausland vermehrt, daß eine
gefährliche Entfremdung zwischen diesen Öffentlichkeiten und
der Bundesrepublik droht, die im Interesse niemandes liegen
kann. Da das Russell-Tribunal diese Vorwürfe auf ihre Wahrheit
hin prüfen soll, sind wir bisher für es eingetreten - dem ersten
Tribunal hat einer von uns, Günther Anders, als Jurymitglied
jahrelang angehört. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie

uns die Unterlagen für Ihre so außerordentlich ernsten Anklagen zukommen lassen könnten, damit wir unsere Haltung an stichhaltigem Material überprüfen können. Die beiden ersten Tribunale sind ohne Vorurteile und ohne Vorverurteilungen an ihre Arbeit gegangen, und wir sehen bis zu diesem Moment keine Ursache, vom dritten Tribunal irgendetwas anderes zu vermuten.

Es schmerzt uns als ehemalige Emigranten, die wir während der Exilzeit und später für den demokratischen Verfassungsstaat eintraten, in die Nähe eines angeblichen Versuches gerückt zu werden, „die Bundesrepublik auf eine Stufe mit Chile und Vietnam zu stellen“. Womit hätte ein Gremium, das sich nachprüfbar untersuchend und begründend verhält, diesen Vorwurf verdient? Ihre in der Presse zitierte Rede macht die Befürworter des Russell Tribunals zu Outcasts. Da eine solche Stigmatisierung ein Klima ebenso voraussetzt wie fördern kann, das selbst zu den Themen des Tribunals gehören soll, fällt es uns schwer zu glauben, daß dieses Wort in der Sache Ihr letztes gewesen sein sollte.

Daß - wie Sie als gesichert voraussetzen - das Tribunal Bertrand Russell's Namen mißbrauche, steht zu einer nüchternen Erklärung seiner Witwe, Lady Russell, auf die wir verweisen dürfen, in Widerspruch.

Wir beabsichtigen, unsere weiteren Entscheidungen in dieser Angelegenheit, die wir im Interesse einer westeuropäischen Öffentlichkeitsbildung bisher unterstützt haben, nach den erbetenen Unterlagen zu richten, und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung."

OFFENER BRIEF VON INGEBORG DREWITZ

Es fällt schwer, unter dem heutigen Datum ohne Emotion auf Ihre und die Warnung des SPD-Vorstandes vom 13.10.77 an die Mitglieder der SPD vor der Unterstützung des Dritten Russell-Tribunals zu reagieren. Die Disqualifizierung, die hier ein internationales Gremium trifft, in dem hochangesehene Persönlichkeiten Europas vertreten sind, muß mit aller Nüchternheit zurückgewiesen werden. Es geht den von demokratischen Organisationen gewählten Sprechern des Tribunals nicht um die Beschimpfung der Bundesrepublik, wie es Ihre Äußerungen mutmaßen lassen, sondern um die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Demokratie und ihrer Selbstreinigungsprozeduren. Die Handhabung des Ministerpräsidenten-Erlasses (Berufsverbote) und die 14. Strafrechtsreform mit ihrer Einführung von zur Zensur tauglichen Paragraphen haben international einen Grad von Beunruhigung erreicht, der die Vorbereitung des Tribunals erklärlich macht.

Das bedeutet keinesfalls den Verzicht auf weitere Russell-Tribunale, die sich mit Folterpraxis und Menschenrechtsverletzungen befassen werden, wo überall sich damit befaßt werden muß. Und es bedeutet keinesfalls die Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit Vietnam oder Chile, die (nach Presseberichten) von Ihnen behauptet worden ist. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Tribunals gibt die Gewißheit, daß der Demokratie, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland entworfen worden ist, zugearbeitet werden wird, daß Verschleifungen und Abnutzungserscheinungen dieser Demokratie diagnostiziert werden, um sie auszuheilen.

Ich ersuche Sie und den SPD-Vorstand, die öffentliche Disqualifizierung des Tribunals, die offensichtlich auf Fehlinformation beruht, zurückzunehmen.

Ingeborg Drewitz — Berlin-West
16.10.1977 (aus: Extra-Dienst)

Schreiben von Jungsozialisten aus Hannover:

20. Oktober

„Betr.: Vorbereitungen zum Russell-Tribunal über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Beschluß des Parteivorstandes, der am 13. Oktober alle Parteimitglieder vor der Teilnahme an den Aktivitäten des Russell-Tribunals warnte, kam für uns nicht überraschend. Für die Behauptung des Parteivorstandes, das Russell-Tribunal verfolge „propagandistische und verleumderische Absichten“ (Willy Brandt lt. FR vom 15.10.1977) haben wir kein Verständnis. Die Ankündigung von Parteiordnungsverfahren im Falle weiterer Unterstützung des Russell-Tribunals kann für uns kein Grund sein, dem Abbau demokratischer Rechte und den Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik in Zukunft tatenlos zuzusehen. Wir sehen in der Vorbereitung und Unterstützung des Russell-Tribunals die größten Chancen, den politischen Spielraum der westdeutschen Linken zu behaupten.

Wir arbeiten seit dem 21. März 1977 in der hiesigen Vorbereitungsgruppe zum Russell-Tribunal, dem Anti-Repression Arbeitskreis (ARAK) Hannover, mit und werden auch weiterhin mitarbeiten.

Wir gehen davon aus, daß auch Ihr bei der Stange bleibt!

Mit sozialistischen Grüßen

i.A. des Unterbezirks-Ausschusses/ -Vorstandes Hannover-Stadt"

Der Bundeshauptausschuß der Deutschen Jungdemokraten hat am 14.-16. Oktober 1977 in Kassel einen Beschluß zur Unterstützung des Tribunals gefaßt, den wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben:

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES DER DJD
VOM 14.-16.10.77

Die DJD begrüßen grundsätzlich die Durchführung des Russell-Tribunals auf Grundlage des Aufrufs der Bertrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77. Die konsequente Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte, die Durchsetzung der Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte, stellt ein zentrales Essential liberaler Politik dar. Die Entwicklung der BRD in den letzten Jahren wird diesen Ansprüchen und Forderungen immer weniger gerecht. Die Praxis der Berufsverbote - verbunden mit Gesinnungsschnüffelei, Denunziantentum, verfassungswidrigen Aktivitäten der Verfassungsschutzes - haben in der Bundesrepublik Deutschland ein unerträgliches Klima geschaffen, hat zu Duckmäusertum, Einschüchterung und politischer Abstinenz unter Schülern, Studenten, Lehrern, Auszubildenden und abhängig Beschäftigten geführt. Dieses politische Klima behindert die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der BRD in einschneidender Weise. Gemeinsam mit der Aufnahme ständig neuer repressiver Bestimmungen im Strafgesetzbuch (§§ 88a, 130a), der Verschärfung der Strafprozeßordnung, insb. der Verteidigerüberwachung, des Ordnungsrechts im Hochschulrahmengesetz, der Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie dem Entwurf für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz verunmöglichen diese Maßnahmen zusammen mit den Berufsverbote und ihren Konsequenzen die von den Jungdemokraten seit langem geforderte grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Auseinandersetzung und öffentliche Diskussion mit diesen Erscheinungsformen der Repression in der BRD kann über ein Russell-Tribunal einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung

und Bewußtwerdung der Bevölkerung leisten, kann bei breiter Unterstützung durch die Bevölkerung die Bewegung zur Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte in allen Bereichen und im Interesse aller entscheidend stärken.

Ein Russell-Tribunal über Verletzungen der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik und West-Berlin ist ein wichtiger Beitrag zur Verstärkung dieser Bewegung. Hierzu müssen breite Kreise und Gruppen der Bevölkerung in diese Arbeit einbezogen werden, muß die persönliche Betroffenheit jedes Einzelnen aufgezeigt und vermittelt werden. Diese Tätigkeit der Unterstützung für das Russell-Tribunal ist für die Jungdemokraten undurchführbar, da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet; deshalb ziehen die DJD ihre Unterschrift unter den Aufruf der Bertrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77 und damit ihre Unterstützung der Durchführung des Russell-Tribunals zurück.

Denn der Sachverhalt ist eindeutig: politische Jugendarbeit ist in der Bundesrepublik aktuell schwersten Belastungen und Disziplinierungsmaßnahmen unterworfen. Kritischen Jugendorganisationen wie dem VDS, dem SHB oder der Naturfreundejugend wird durch den Entzug, der Vertagung, der Kürzung der konkreten Androhung finanzieller Förderung ein lebenswichtiger Nerv ihrer Tätigkeit abgeklemmt. Dies geht bis zu der Ungeheuerlichkeit, genannte oder andere Verbände durch explizite Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums zu bezeichnen. Die Jungdemokraten sind durch diese Maßnahmen der politischen Disziplinierung direkt betroffen, was sich u.a. darin dokumentiert, daß die "staatstragenden" Politiker sie ungerügt als "terroristische Antidemokraten" bezeichnen, sie damit nahtlos in die terroristische Sympathisantenszene einordnen dürfen.

Für Jungdemokraten ist offensichtlich, daß die Wirkungslosigkeit engagierter Liberaler auf Grund der jüngsten terroristischen Gewalttaten und des in diesem Umfeld bewirkten politischen Klimas enormen Zwängen ausgesetzt ist. Völlig unabhängig davon, daß die DJD terroristische Gewalttaten prinzipiell ablehnen und für verabscheuungswürdig halten, darf dies doch kein Anlaß sein, eine Einschränkung unserer Grund- und Freiheitsrechte vorzunehmen. Die Verteidigung und Durchsetzung der Grundrechte ist eine prinzipielle Frage und darf nicht zur Disposition aktueller Tagespolitik stehen.

Die Jungdemokraten werden in diesem Zusammenhang vor der Öffentlichkeit klarstellen, daß kritische Jugendarbeit aufgrund der aktuellen Entwicklung letztendlich extremen Belastungen und Repressionen ausgesetzt ist. Gerade vor dem Hintergrund bestätigt sich der Zweck und die Notwendigkeit des Russell-Tribunals.

Die Jungdemokraten werden einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darin sehen, eine umfassende Aufklärungs- und Mobilisierungsaktion über Formen und Hintergründe der aktuellen politischen Repression in der Bundesrepublik durchzuführen, hierzu die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen zu suchen und auf diese Weise in offensiver Form die Initiative für eine konsequente Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte zu stärken.

Die genaue Zeit.

Zahlreiche Zuschriften aus unserem lieben Leserkreis weisen auf mäßliche Zeitverhältnisse hin. Wir haben uns daher entschlossen, von nun an täglich in unserem Blatte die genaue Zeit anzugeben.

Es ist jetzt genau 12 Uhr.

Die Direktion
der Münchner Neuesten Nachrichten.

BUCH ZUR VORBEREITUNG DES TRIBUNALS

BERLIN „Am 1.11. erscheint das Buch zur Vorbereitung des Tribunals. Es enthält auf mehr als 100 Seiten:

- Informationen über die bisherige Arbeit der Bertrand Russell Peace Foundation und die vorangegangenen Tribunale, sowie über die Vorbereitungen zum dritten Tribunal.
- Einen Aufsatz über die Kriterien „Menschenrechtsverletzungen“ und „Besonderheiten der Bundesrepublik“
- Die Namen und Kurzbiographien der bisher feststehenden Jury-Mitglieder.
- Die Presseerklärungen der Jury nach ihrem ersten nichtöffentlichen Zusammentreten.
- Die internationalen Gesetzestexte, die dem Tribunal als Richtschnur zugrundeliegen.

Das Buch wird DM 6,- kosten. Es wird im linken und fortschrittlichen Buchhandel erhältlich sein. Unterstützungsgruppen können das Buch aber auch über den „Kirschkeim Buchversand“ GmbH, 1000 Berlin 12, Schlüterstr. 28, beziehen.

Kontakt: Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals
D-1000 Berlin 30, Ahornstr. 5, Tel.: 030 - 211 91 38.“

BESCHWERDE GEGEN DURCHSUCHUNG BEI RECHTSANWALT STRÖBELE

WESTBERLIN *Die Rechtsanwälte Scheid und Zieger erklärten am 19. Oktober zur Durchsuchung bei Rechtsanwalt Ströbele:*

„Gegen die Durchsuchung der Wohn- und Praxisräume von Rechtsanwalt Ströbele haben wir als dessen Verteidiger sofort noch heute Beschwerde eingelegt.

Der Durchsuchungsbeschuß ist damit begründet, Rechtsanwalt Ströbele habe im August 1977 Erklärungen seines Mandanten Norbert Kröcher an eine schwedische Zeitung weitergeleitet, die diese Erklärungen veröffentlicht hat.

Dieser Vorwurf ist schon deshalb völlig abwegig, weil der zuständige Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in derselben Zeit ein Interview von Norbert Kröcher mit einem Fernsichteam gestattet hatte, das am 19. August 1977 im Beisein von Beamten des Landeskriminalamtes in der Haftanstalt Frankenthal auch durchgeführt wurde.

Der Ermittlungsrichter beim Kammergericht hatte den Einlaß des Durchsuchungsbeschlusses zunächst abgelehnt. Erst auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat ein anderer Richter die Durchsuchung am 13. Oktober angeordnet.

In der Praxis von Rechtsanwalt Ströbele wurden 18 Leitzordner beschlagnahmt, die alle nicht das geringste mit dem Durchsuchungsgrund zu tun haben. Sie enthalten u.a. Verteidigungsunterlagen für das Verfahren, das gegen Rechtsanwalt Ströbele seit 1973 anhängig ist.

Die Handakte, die das Mandat Norbert Kröcher betrifft und ebenfalls mitgenommen wurde, enthält Verteidigungsinformationen allein dieses Mandat betreffend.

Durch die rechtswidrige Durchsuchungsaktion wird Rechtsanwalt Ströbele erneut leichtfertig im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen gebracht, insbesondere im Zusammenhang mit den Umständen des Todes seiner ehemaligen Mandanten in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim.

Außerdem haben die Ermittlungsbehörden sich damit in rechtswidriger Weise Einsicht in die Verteidigungsunterlagen anderer Verfahren verschafft u.a. auch in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Ströbele selbst."

DURCHSUCHUNGEN IN KÖLN

KÖLN „In Köln fanden am Dienstag, dem 18.10.77, Oktober 77 in den frühen Morgenstunden (6 Uhr), ca. 20 Hausdurchsuchungen statt. Grundlage

dieser Durchsuchungen war eine Anweisung der Generalbundesanwaltschaft. Die zu durchsuchenden Objekte waren schon vorher, nach Straßenzügen geordnet, der Kölner Sonderkommission Schleyer mitgeteilt worden.

Beschlagnahmt wurden handschriftliche Aufzeichnungen, Aktenbände, Diskussionsprotokolle, Filme, Zeitschriften (ID, Befreiung, Info) und Knastkorrespondenzen, natürlich auch Bommi Baumann. In der Regel bestanden die Durchsuchungstrupps aus acht und mehr Beamten von der Kölner und anderen Kriminalstellen. In einigen Fällen wurden Haus- und Wohnungstüren aufgebrochen. Bei mindestens drei Einsätzen sicherten Beamte des Bundesgrenzschutzes Straßen und Hausflure. Diese übernahmen auch das Aufbrechen der Türen. Ein Schlüsseldienst, wie sonst üblich, wurde nicht geholt mit dem Hinweis auf die erhöhte Gefahrenlage.

Bemerkenswert ist zum einen die zeitliche Übereinstimmung der Durchsuchungen (für Köln durchaus ungewöhnlich), die sich auf einen bestimmten Stadtteil schwerpunktmäßig konzentrierten, zum anderen, daß schon zentral von dem Generalbundesanwalt die einzelnen Objekte aufgelistet worden waren. Die Polizeibeamten waren höflich und verhielten sich korrekt."

TERROR AUF DEM LANDE

SALZGITTER
Oktober 77

Die Wohngemeinschaft Prometheus berichtet, wie es ihr in den letzten Wochen ergangen ist:

„Kommune Beckenstedt verbreitet Angst und Schrecken“, „Gefährliches Terroristennest in den Mauern unserer Stadt?“ Mit dieser Schlagzeile eines sogenannten Sonntaganzeigers (kostenlos an jeden Haushalt, 153.000 Auflage) wurde zur offenen Menschenjagd in Salzgitter geblasen. Die Behörden sollten hier 'endlich aufräumen', '... Croissant hält in der Kommune Schulungen ab ...', 'Terroristin Becker kommt zu Besuch ...' usw. Es gipfelt in der Vermutung, daß wir den Schleyer mitentführt haben.

Schlagartig entwickelte sich unsere Wohngemeinschaft zu einem Sonntags-Ausflugsziel. Wir wurden zeitweise wie die Affen im Zoo bestaunt. Anhand von Informationsstellwänden versuchten wir, mit den Leuten in ein Gespräch zu kommen.

Die Wohngemeinschaft war bereits lange vorher ein Gesprächsthema der örtlichen Bevölkerung. Seit der Schleyer-Entführung wurde von der politischen Polizei zur wöchentlichen Hausdurchsuchung geblasen. Bei den letzten beiden Hausdurchsuchungen

wurden jeweils Leute zur Erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommen. Die Nachbarn wurden aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen, "da es gefährlich werden könnte".

Angst soll sich in Salzgitter breit machen!"

Kontaktadresse: WG Prometheus, Am Feuerlöschbrunnen 8a, 332 Salzgitter 1

Ähnliche Erfahrungen machten Leute auf einem Bauernhof im Nordschwarzwald:

UNTERWALDBACH Wir hatten letzten Samstag, also am Oktober 77 22.10.77, Besuch von der Polizei und möchten euch das mitteilen, wie es war.

Es ist ja sicher nichts besonderes im Moment, wo so viele Grüne unterwegs sind, es ist aber doch wohl so, daß die Denunziation und Einschüchterung schon ganz bestimmte Leute trifft und treffen soll. So z.B. uns, die wir seit April hier mitten auf dem Lande am Rande (etwas abseits) eines kleinen Dorfes auf einer alten Mühle leben und Landwirtschaft betreiben und ein alternatives Projekt begründen wollen (Arbeit mit Kindern). Wir hatten eigentlich zur Bevölkerung in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Dorf, guten Kontakt, und wir waren akzeptiert. Man hat gesehen, daß wir arbeiten und dasselbe machen wie auch. Daß wir anders aussehen und wohl auch anders leben, aber nur für einige besonders geschwätzige Leute in der näheren und weiteren Umgebung Anlaß, uns für Terroristen zu halten, wenigstens in diese Ecke zu definieren.

Am Samstag nachmittag nun, wir zwei und ein Besucher kamen mit dem Traktor und einem Wagen voller Holz aus dem Wald, kannten wir unseren Hof nicht wieder. An einen Holzstoß gelehnt standen fünf weitere Freundinnen und Freunde von uns, die gerade zu Besuch waren, die Hände erhoben und mit dem Rücken zu uns. Wir mußten vom Traktor runter und uns neben unsere Freunde stellen. Leichter Protest und verwundertes Fragen, was das denn soll, wurde beantwortet mit: "Wenn Sie nicht still sind, dann kracht's" und drei herumspringende Hunde, die das nicht kapieren konnten, bekamen zu hören: "Wenn uns einer beißt, ist er erledigt".

Die Grünen waren sehr nervös und zitterten. Sie waren zuerst zu dritt. Zwei hatten Maschinenpistolen im Anschlag auf uns gerichtet, ein dritter fummelte mit seiner Pistole rum. So standen wir da und auf unsere Frage, was nun passiere, sagte uns der Boss von denen, es käme jetzt erst Verstärkung, dann gäbe es eine Personenkontrolle.

So standen wir eine Weile da und die ersten Schaulustigen aus dem Dorf trafen ein. Mit Blaulicht und Martinshorn kam ein zweiter Wagen durch die ansonsten stillen Ortschaften auf unseren Hof gerast. Jeder von uns wurde einzeln überprüft. Natürlich war die Kontrolle ergebnislos, brachte keine Aufschlüsse und nichts. Der Boss der Grünen teilte uns mit, daß die Kontrolle negativ sei und daß er sich bei uns entschuldige. Auf unsere Frage nach dem konkreten Anlaß dieser Aktion hieß es: "Hinweise aus der Bevölkerung".

Jetzt sind wir abgestempelt: "Bei denen war die Polizei"; das reicht schon. "Ich hab immer schon gesagt, da stimmt was nicht bei denen". Der Denunziation sind Tür und Tor geöffnet, die Bevölkerung ist aufgehetzt und darf nach Lust und Laune andere, möglichst, die, die dem Feindbild der Bildzeitung entsprechen, fertig machen und verleumdern. Im Dorf hören wir um Ecken zwei Tage später Gerüchte: "Die haben sie ausgehoben" und "Die haben bei denen Munition gefunden". Wir brauchen wohl nicht zu sagen, wie schwer es ist, gegen Gerüchte anzugehen.

Das tut weh, so was, und kann viel kaputt machen. Wie lange werden wir jetzt brauchen, um Vorurteile und Mißtrauen abzubauen? "

Kontakt zu dieser Gruppe kann über den ID aufgenommen werden.